

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
<i>Einleitung</i> . . . . .	1
<b>Erster Teil: Grundlagen</b> . . . . .	<b>5</b>
<i>Erstes Kapitel: Materielles Recht und Prozessrecht</i> . . . . .	<i>7</i>
I. Die Unterscheidung von materiellem Recht und Prozessrecht in der Dogmatik des Öffentlichen Rechts . . . . .	7
II. Die Unterscheidung von „Prozessrecht“ und „formellem Recht“ . . . . .	9
III. Die historische Entwicklung des Verhältnisses von materiellem Recht und Prozessrecht seit Savigny . . . . .	10
IV. Definitiorische Trennung der Begriffe „materielles Recht“ und „Prozessrecht“ . . . . .	27
<i>Zweites Kapitel: Urteilswirkungen</i> . . . . .	<i>53</i>
I. Die materielle Rechtskraft . . . . .	53
II. Die Gestaltungswirkung . . . . .	94
III. Die Tatbestandswirkung . . . . .	101
IV. Die formelle Rechtskraft und die innerprozessuale Bindungswirkung . . . . .	107
V. Die Vollstreckungswirkung . . . . .	108
VI. Die Präjudizienwirkung . . . . .	109
VII. Die außerprozessuale Bindungswirkung . . . . .	117

Zweiter Teil: Die materiell-rechtlichen Wirkungen von Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidungen aus der objektiv-rechtlichen Perspektive . . . . .	129
--	-----

<i>Drittes Kapitel: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Nichtigkeitsentscheidung . . . . .</i>	131
--	-----

I. Die Gestaltungswirkung . . . . .	131
II. Die Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . .	144
III. Der Grundsatz der gegenseitigen Loyalität nach Art. 13 Abs. 2 Satz 2 EUV . . . . .	292
IV. Zusammenfassung . . . . .	298

<i>Viertes Kapitel: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Ungültigkeitsentscheidung . . . . .</i>	299
---	-----

I. Keine Gestaltungswirkung von Ungültigkeitsentscheidungen . . . .	299
II. Die Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . .	307
III. Zusammenfassung . . . . .	324

Dritter Teil: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidung aus der Perspektive des Einzelnen . . . . .	325
---	-----

<i>Fünftes Kapitel: Die Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidung als tatbestandliche Voraussetzung eines Haftungsanspruchs aus Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh . . . . .</i>	329
---	-----

I. Der materiell-rechtliche Charakter des Art. 340 Abs. 2 AEUV . . . .	329
II. Die tatbestandliche Anknüpfung des Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh an eine Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidung . . . . .	330

<i>Sechstes Kapitel: Der unionsrechtliche Folgenbeseitigungsanspruch als Pendant zur Folgenbeseitigungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . .</i>	337
---	-----

I. Konzeption eines unionsrechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs unter Anknüpfung an Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidungen . . . . .	337
--	-----

*Inhaltsübersicht*

IX

II. Kritische Würdigung am Maßstab des unionsrechtlichen Rechtsschutzgefüges . . . . .	339
III. Ergebnis . . . . .	352
<i>Schlussbemerkungen</i> . . . . .	353
Literaturverzeichnis . . . . .	355
Sachregister . . . . .	375

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIII
<i>Einleitung</i> . . . . .	1
<b>Erster Teil: Grundlagen</b> . . . . .	<b>5</b>
<i>Erstes Kapitel: Materielles Recht und Prozessrecht</i> . . . . .	<i>7</i>
I. Die Unterscheidung von materiellem Recht und Prozessrecht in der Dogmatik des Öffentlichen Rechts . . . . .	7
II. Die Unterscheidung von „Prozessrecht“ und „formellem Recht“ . . . . .	9
III. Die historische Entwicklung des Verhältnisses von materiellem Recht und Prozessrecht seit Savigny . . . . .	10
1. Das Wesen der Actio bei Savigny und Puchta . . . . .	10
2. Materielles Recht und Prozessrecht in der Begriffsjurisprudenz . . . . .	12
a) Das Recht als Begriffspyramide . . . . .	12
b) Wetzells „System des ordentlichen Civilprocesses“ . . . . .	13
c) Die „Anspruchslehre“ Windscheids . . . . .	14
d) Die prozessualen Grundbegriffe des „Prozessrechtsverhältnisses“ und der „Prozessvoraussetzungen“ bei Bülow . . . . .	15
e) Das „Klagrecht“ bei Degenkolb . . . . .	16
f) Wachs „Lehre vom Rechtsschutzanspruch“ . . . . .	17
g) Goldschmidts „materielles Ziviljustizrecht“ . . . . .	18
3. Materielles Recht und Prozessrecht in der Interessenjurisprudenz . . . . .	20
a) Materielles Recht und Prozessrecht bei Radbruch . . . . .	21
b) Der Zweck des Zivilprozessrechts bei Hegler . . . . .	22
4. Materielles und formelles Recht bei Kelsen . . . . .	22
5. Der Vorrang des formellen Rechts bei Procházka . . . . .	24

6. Der Vorrang des materiellen Rechts bei Nawiasky . . . . .	25
7. Fazit . . . . .	26
IV. Definitorische Trennung der Begriffe „materielles Recht“ und „Prozessrecht“ . . . . .	27
1. Relativität der Unterscheidung . . . . .	27
2. Wechselwirkungen und übergreifende Wertungen . . . . .	28
3. Definitorische Trennung von materiellem Recht und Prozessrecht bei Henckel . . . . .	30
a) Die gesetzgeberische Zuordnung der Norm . . . . .	31
b) Der Prozesszweck . . . . .	31
c) Der Gegenstand des Prozesses . . . . .	32
d) Normzuordnung unter Anknüpfung an Tatbestand oder Rechtsfolgenstruktur . . . . .	33
aa) Der Tatbestand . . . . .	33
bb) Die Rechtsfolgenstruktur . . . . .	33
e) Normzuordnung anhand des geregelten Lebensbereichs . . . . .	35
aa) Das gerichtliche Urteil als Ausgangspunkt einer definitorischen Trennung . . . . .	35
bb) Unmittelbare Bezugnahme auf den geregelten Lebensbereich . . . . .	38
f) Kritik an der Henckel'schen Definition . . . . .	39
g) Stellungnahme . . . . .	41
aa) Inhaltsleere . . . . .	41
bb) Unzulänglichkeit des Anknüpfungskriteriums des geregelten Verhaltens . . . . .	41
(1) Normen ohne zuordnungserhebliches Verhalten . . . . .	42
(2) Normen mit Tatbestands- und Rechtsfolgeverhalten . . . . .	43
(3) Generalklauseln . . . . .	45
(4) Handlungen mit Doppelfunktion . . . . .	46
(5) Modifikation der Henckel'schen Definition nach Konzen . . . . .	48
(6) Normen der Gerichtsorganisation . . . . .	49
h) Ergebnis . . . . .	50
<i>Zweites Kapitel: Urteilswirkungen</i> . . . . .	53
I. Die materielle Rechtskraft . . . . .	53
1. Die materielle Rechtskraft im deutschen Recht . . . . .	56
a) Die materiell-rechtlichen Rechtskrafttheorien . . . . .	56
aa) Die Fiktionslehre Savignys . . . . .	57

bb) Die Vermutungslehre Windscheids . . . . .	58
cc) Zusammenfassung . . . . .	59
b) Die prozessualen Rechtskrafttheorien . . . . .	59
c) Die materielle Rechtskraft im Kontext öffentlich-rechtlicher Verfahren . . . . .	62
aa) Die materielle Rechtskraft der erfolgreichen verwaltungsgerichtlichen Anfechtungsklage . . . . .	64
(1) Abkehr vom ne-bis-in-idem-Grundsatz . . . . .	65
(2) Die Parteien der Anfechtungsklage als Adressaten der materiellen Rechtskraft? . . . . .	70
(3) Ergebnis . . . . .	71
bb) Die materielle Rechtskraft der erfolgreichen verfassungsgerichtlichen abstrakten Normenkontrolle . . . . .	71
(1) Die Adressaten der materiellen Rechtskraft . . . . .	74
(2) Ausnahme vom ne-bis-in-idem-Grundsatz . . . . .	77
(3) Die subjektive Grenze der materiellen Rechtskraft . . . . .	77
(4) Ergebnis . . . . .	79
cc) Ergebnis zur Übertragung der materiellen Rechtskraft auf öffentlich-rechtliche Verfahren . . . . .	79
2. Die autorité de la chose jugée des französischen Rechts . . . . .	80
3. Das Institut der materiellen Rechtskraft im Recht der Europäischen Union . . . . .	84
a) Positivierung . . . . .	84
b) Inhalt . . . . .	87
aa) Die Rechtskraft in der unionsgerichtlichen Rechtsprechung . . . . .	87
bb) Die Rechtskraft als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Unionsrechts . . . . .	89
cc) Dogmatische Konzeption der materiellen Rechtskraft . . . . .	91
c) Ergebnis . . . . .	94
II. Die Gestaltungswirkung . . . . .	94
III. Die Tatbestandswirkung . . . . .	101
1. Abgrenzung der Tatbestandswirkung von der Gestaltungswirkung . . . . .	102
2. Die materielle Rechtskraft als besondere Tatbestandswirkung . . . . .	104
3. Einordnung der Tatbestandswirkung als materiell-rechtliche oder prozessrechtliche Urteilswirkung . . . . .	105
IV. Die formelle Rechtskraft und die innerprozessuale Bindungswirkung . . . . .	107
V. Die Vollstreckungswirkung . . . . .	108
VI. Die Präjudizienwirkung . . . . .	109

1. Selbstbindung des Gerichtshofs . . . . .	111
2. Bindung des Gerichts . . . . .	113
3. Bindung mitgliedstaatlicher Gerichte . . . . .	114
4. Ergebnis . . . . .	116
VII. Die außerprozessuale Bindungswirkung . . . . .	117
1. Abgrenzung der außerprozessualen Bindungswirkung von der materiellen Rechtskraft . . . . .	119
2. Dogmatische Verortung der außerprozessualen Bindungswirkung	120
3. Stellungnahme . . . . .	124
4. Ergebnis . . . . .	126

Zweiter Teil: Die materiell-rechtlichen Wirkungen von Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidungen aus der objektiv-rechtlichen Perspektive . . . . .	129
--	-----

*Drittes Kapitel: Die materiell-rechtlichen Wirkungen*

<i>der Nichtigkeitsentscheidung</i> . . . . .	131
I. Die Gestaltungswirkung . . . . .	131
1. Die Gestaltungswirkung der Nichtigkeitsentscheidung als eigenständige Urteilswirkung . . . . .	132
2. Die Reichweite der Gestaltungswirkung . . . . .	134
a) Entscheidungsbündel . . . . .	134
b) Teilweise Nichtigkeitsentscheidung . . . . .	136
c) Vorbereitende Maßnahmen . . . . .	138
d) Nichtigkeitserklärung von „Basisrechtsakten“ . . . . .	139
e) Implizite Feststellung der Rechtswidrigkeit eines „Basisrechtsaktes“ . . . . .	140
f) Die Anordnung einer Wirkungsfortgeltung nach Art. 264 Abs. 2 AEUV . . . . .	143
II. Die Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . .	144
1. Einordnung des Art. 266 Abs. 1 AEUV in das Raster der Urteilswirkungen . . . . .	146
a) Art. 266 Abs. 1 AEUV als Komponente der Rechtskraft? . . .	146
b) Art. 266 Abs. 1 AEUV als Tatbestandswirkung im weiteren Sinne . . . . .	149
2. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 266 Abs. 1 AEUV	151
a) Der Gerichtshof der Europäischen Union als Entscheidungs- urheber . . . . .	151

b) Unionsgerichtliche Beschlüsse . . . . .	151
c) Der maßgebliche Zeitpunkt . . . . .	152
d) Maßgeblichkeit von Tenor und tragenden Entscheidungsgründen . . . . .	153
3. Die Rechtsfolgen des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	154
a) Die Adressaten der Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	154
aa) Beschränkung des Adressatenkreises auf verfahrensbeteiligte Stellen der Union . . . . .	155
bb) Entscheidungsbefolgungspflichtigen für nicht verfahrensbeteiligte Stellen der Union außerhalb des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	156
cc) Stellungnahme . . . . .	157
dd) Ergebnis . . . . .	160
b) Die Rechtsfolgen des Art. 266 Abs. 1 AEUV im Falle der Nichtigkeitserklärung einer Einzelmaßnahme . . . . .	161
aa) Klärung des Begriffs der Einzelmaßnahme in Gegenüberstellung zum Begriff der Normativmaßnahme . . . . .	161
(1) Die Grenzziehung zwischen Einzel- und Normativmaßnahmen im Recht der Europäischen Union . . . . .	161
(2) Abgrenzung des Gegensatzpaares der Einzel- und Normativmaßnahme von dem der Legislativ- und Exekutivmaßnahme . . . . .	165
bb) Unterlassungsgebot im Falle nicht vollzogener Einzelmaßnahmen . . . . .	168
cc) Das Verbot des Erlasses von mit den gleichen Rechtsfehlern behafteten inhaltsgleichen Wiederholungsmaßnahmen . . . . .	168
(1) Wiederholungsmaßnahme . . . . .	170
(2) Differenzierung zwischen formeller und materieller Rechtswidrigkeit . . . . .	170
(3) Ergebnis . . . . .	173
dd) Das Verbot der Verwendung von auf Grundlage einer nichtigen Einzelmaßnahme erlangten Informationen . . . . .	173
ee) Das Gebot der finanziellen Rückabwicklung . . . . .	174
ff) Die Pflicht zur finanziellen Nachteilsausgleichung im Verhältnis zum Haftungsanspruch aus Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh . . . . .	177



gg) Das Gebot der Neubescheidung eines abschlägig beschiedenen Antrags . . . . .	183
(1) Antrag auf Erlass einer begünstigenden Einzelmaßnahme . . . . .	183
(2) Antrag auf Erlass einer belastenden Einzelmaßnahme	186
hh) Das Gebot des Erlasses einer Ersatzmaßnahme im Falle einer auf Erweiterung des angegriffenen Rechtsaktes gerichteten Nichtigkeitsklage . . . . .	188
ii) Anpassungsgebot im Falle einer erfolgreichen Inzidentrüge nach Art. 277 AEUV . . . . .	188
(1) Der Konflikt zwischen Bestandskraft und Anpassungspflicht . . . . .	192
(2) Die Berechtigung zur Inzidentrüge nach Ablauf der Frist des Art. 263 Abs. 6 AEUV . . . . .	194
(a) Die kompensatorische Funktion des Art. 277 AEUV . . . . .	195
(b) Die Rügebefugnis privilegierter Kläger . . . . .	197
(c) Ergebnis . . . . .	199
(3) Die Gültigkeitsvorlage nach Ablauf der Frist des Art. 263 Abs. 6 AEUV . . . . .	200
(a) Die Rechtssache Textilwerke Deggendorf . . . . .	200
(b) Kritik an der Entscheidung des EuGH . . . . .	202
(aa) Allgemeine Einwände gegen die Relevanz des Ablaufs der Nichtigkeitsklagenfrist für die Möglichkeit der Gültigkeitsvorlage . . . . .	202
(bb) Einwände hinsichtlich des Offenkundigkeits- kriteriums . . . . .	205
(cc) Einwände hinsichtlich der Maßgeblichkeit des vorlegenden Akteurs . . . . .	206
(c) Differenzierung zwischen Einzel- und Normativ- maßnahme . . . . .	206
(aa) Das Offenkundigkeitskriterium im Falle einer Differenzierung zwischen Einzel- und Normativmaßnahmen . . . . .	209
(bb) Stellungnahme . . . . .	210
(d) Ergebnis . . . . .	211
(4) Zwischenergebnis zum Anpassungsgebot im Falle der erfolgreichen Inzidentrüge nach Art. 277 AEUV . . . . .	212
(5) Die Bestandskraft von Normativmaßnahmen im Unionsrecht . . . . .	212

(6) Anpassungspflicht oder Anpassungsbefugnis? . . . . .	214
(7) Ergebnis . . . . .	216
jj) Gebot der Aufhebung belastender Parallelmaßnahmen . . . . .	217
(1) Das Urteil „AssiDomän“ (1999) . . . . .	218
(a) Die Entscheidung des Gerichts . . . . .	219
(b) Die Entscheidung des Gerichtshofs . . . . .	221
(2) Die Urteile „SNUPAT“, „Loebisch“ und „Muysers“ . . . . .	221
(a) Das Urteil „SNUPAT“ (1961) . . . . .	222
(b) Die Urteile „Loebisch“ und „Muysers“ . . . . .	223
(aa) Das Urteil „Loebisch“ (1965) . . . . .	223
(bb) Das Urteil „Muysers“ (1988) . . . . .	224
(cc) Fazit . . . . .	225
(3) Kritische Würdigung der Entscheidung des Gerichtshofs in der Rechtssache AssiDomän . . . . .	226
(4) Die unionsgerichtliche Rechtsprechung zur Anpassung von kartellrechtlichen Bußgeldentscheidungen im Falle der akzessorischen Haftung einer Muttergesellschaft . . . . .	233
(5) Einpassung der Überprüfungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV in die unionsrechtliche Dogmatik zur Aufhebung belastender Einzelmaßnahmen . . . . .	238
(6) Vorläufiges Ergebnis . . . . .	240
(7) Die unionsrechtliche Pflicht zur Überprüfung bestandskräftiger belastender mitgliedstaatlicher unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	241
(a) Das Urteil „Kühne und Heitz“ (2004) . . . . .	241
(b) Das Urteil „i-21 Germany und Arcor“ (2006) . . . . .	242
(c) Das Urteil „Kempfer“ (2008) . . . . .	244
(d) Dogmatische Einordnung und Konturierung der unionsrechtlichen Pflicht zur Überprüfung unionsrechtswidriger bestandskräftiger belastender mitgliedstaatlicher Verwaltungsakte . . . . .	245
(aa) Das Äquivalenz- und Effektivitätsprinzip als Grenze der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie . . . . .	247
(bb) Dogmatische Einpassung der Kühne und Heitz-Kriterien . . . . .	248
(e) Fazit . . . . .	253

(f) Übertragbarkeit der unionsrechtlichen Pflicht zur Überprüfung unionsrechtswidriger bestandskräftiger belastender mitgliedstaatlicher Verwaltungsakte auf die Situation der Überprüfung von belastenden Parallelmaßnahmen im Rahmen der Eigenverwaltung . . . . .	254
(8) Gesamtergebnis zum Gebot der Aufhebung belastender Parallelmaßnahmen . . . . .	255
kk) Gebot der Überprüfung begünstigender Parallelmaßnahmen . . . . .	256
c) Die Rechtsfolgen des Art. 266 Abs. 1 AEUV im Falle der Nichtigkeitserklärung einer Normativmaßnahme . . . . .	257
aa) Gebot der Aufhebung oder Überprüfung von Durchführungsmaßnahmen . . . . .	258
bb) Gebot der Aufhebung inhaltsgleicher Normativmaßnahmen . . . . .	260
cc) Verbot des Erlasses inhaltsgleicher Normativmaßnahmen . . . . .	261
(1) Bindungskonzepte im deutschen Verfassungsrecht . . . . .	264
(a) Verbot von inhaltsgleichen bzw. inhaltsähnlichen Normativmaßnahmen . . . . .	264
(b) Verbot von gegen verfassungsgerichtliche Rechtsansichten verstoßenden Normativmaßnahmen . . . . .	265
(c) Verbot der Brüskierung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	266
(2) Kritische Würdigung . . . . .	269
(a) Ergebnisbezogene Bindungskonzepte . . . . .	269
(b) Brüskierungsverbot . . . . .	273
(3) Einpassung des verhaltensbezogenen Bindungskonzepts in das Recht der Europäischen Union . . . . .	276
(a) Einpassung des verhaltensbezogenen Bindungskonzepts in das Verfahren der Normsetzung des Unionsrechts . . . . .	276
(b) Die Begründungspflicht des Art. 296 Abs. 2 AEUV als Anknüpfungspunkt . . . . .	277
(c) Berücksichtigung der unionsgerichtlichen Rechtsprechung im Verfahren der Normsetzung . . . . .	278
(4) Abgleich des verhaltensbezogenen Bindungskonzepts mit dem Verbot der Wiederholung von Einzelmaßnahmen . . . . .	279
(5) Ergebnis . . . . .	280

dd) Gebot des Erlasses einer (rückwirkenden) Ersatzregelung	282
(1) Rückwirkende Ersatzregelung im Falle der Anordnung einer Wirkungsfortgeltung nach Art. 264 Abs. 2 AEUV	283
(a) Die Racke-Formel des EuGH	285
(b) Anwendung der Racke-Formel auf den Fall der Anordnung einer Wirkungsfortgeltung nach Art. 264 Abs. 2 AEUV	286
(2) Rückwirkende Ersatzregelung im Falle der unterbliebenen Anordnung einer Wirkungsfortgeltung nach Art. 264 Abs. 2 AEUV	287
(a) Anwendung der Racke-Formel auf den Fall der unterbliebenen Anordnung einer Wirkungsfortgeltung nach Art. 264 Abs. 2 AEUV	287
(b) Weitere Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer rückwirkenden Ersatzregelung	291
(3) Ergebnis	292
III. Der Grundsatz der gegenseitigen Loyalität nach Art. 13 Abs. 2 Satz 2 EUV	292
1. Der Gehalt des Art. 13 Abs. 2 Satz 2 EUV	293
2. Das Verhältnis des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit aus Art. 13 Abs. 2 Satz 2 EUV zu der Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV	296
3. Ergebnis	297
IV. Zusammenfassung	298
 <i>Viertes Kapitel: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Ungültigkeitsentscheidung</i>	
Viertes Kapitel: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Ungültigkeitsentscheidung	299
I. Keine Gestaltungswirkung von Ungültigkeitsentscheidungen	299
1. Kritik an der Gleichsetzung der Wirkungen von Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidung	301
2. Tatsächliche Übereinstimmungen zwischen den Wirkungen der Nichtigkeitsentscheidung und der Ungültigkeitsentscheidung	304
3. Ergebnis	306
II. Die Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV	307
1. Analoge Anwendung des Art. 266 Abs. 1 AEUV auf Ungültigkeitsentscheidungen	307
a) Die Voraussetzungen der analogen Anwendung im Unionsrecht	309
aa) Regelungslücke	309

bb) Vergleichbare Interessenlage . . . . .	310
cc) Fehlen eines Analogieverbots . . . . .	311
dd) Ergebnis . . . . .	312
b) Anwendung der Analogievoraussetzungen auf die analoge Anwendung des Art. 266 Abs. 1 AEUV im Falle der Ungültigkeitsentscheidung . . . . .	312
c) Ergebnis . . . . .	316
2. Die Rechtsfolgen des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	316
a) Die Adressaten der Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	317
b) Die Anpassungspflicht . . . . .	317
aa) Der Beschluss „Fratelli Martini und Cargill“ (2007) . . . . .	318
bb) Kritik . . . . .	318
cc) Keine Nivellierung der Unterschiede zwischen Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidung . . . . .	319
dd) Kein Konflikt mit der Bestandskraft des aufzuhebenden Rechtsaktes . . . . .	321
ee) Abgestufte Anpassungspflicht . . . . .	322
ff) Ergebnis . . . . .	322
c) Das Anwendungsverbot . . . . .	322
III. Zusammenfassung . . . . .	324

### Dritter Teil: Die materiell-rechtlichen Wirkungen der Nichtigkeits- und Ungültigkeitsentscheidung aus der Perspektive des Einzelnen . . . . . 325

<i>Fünftes Kapitel: Die Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidung als tatbestandliche Voraussetzung eines Haftungsanspruchs aus Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh . . . . .</i>	329
I. Der materiell-rechtliche Charakter des Art. 340 Abs. 2 AEUV . . . . .	329
II. Die tatbestandliche Anknüpfung des Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh an eine Nichtigkeits- oder Ungültigkeitsentscheidung . . . . .	330
1. Einpassung der Nichtigkeits- bzw. Ungültigkeitsentscheidung in den Tatbestand der Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh ohne Verstoß gegen Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . . .	330

2. Einpassung der Nichtigkeits- bzw. Ungültigkeitsentscheidung in den Tatbestand der Art. 340 Abs. 2 AEUV i. V.m. Art. 41 Abs. 3 GRCh im Falle eines Verstoßes gegen die Entscheidungsbefolgungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . . .	332
<i>Sechstes Kapitel: Der unionsrechtliche Folgenbeseitigungsanspruch als Pendant zur Folgenbeseitigungspflicht des Art. 266 Abs. 1 AEUV . . .</i>	<i>337</i>
I. Konzeption eines unionsrechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs unter Anknüpfung an Nichtigkeits- oder Ungültigkeits- entscheidungen . . . . .	337
II. Kritische Würdigung am Maßstab des unionsrechtlichen Rechtsschutzgefüges . . . . .	339
III. Ergebnis . . . . .	352
<i>Schlussbemerkungen . . . . .</i>	<i>353</i>
Literaturverzeichnis . . . . .	355
Sachregister . . . . .	375